

Beschlußempfehlung und Bericht **des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Angelika Beer,
Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/2499 –

Fortsetzung der Bundeswehrreduzierung und Verzicht auf Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Kampfeinsätze

A. Problem

Mit dem Antrag wird der Deutsche Bundestag zu dem Beschluß aufgefordert, folgende Feststellungen zu treffen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die eingeleitete personelle und materielle Reduzierung der Bundeswehr. Dazu gehört auch die Reduzierung von Standorten und territorialen Wehrverwaltungen. Unter Berücksichtigung der veränderten sicherheitspolitischen Lage bzw. eines strikt defensiven, auf Landes- und Bündnisverteidigung beschränkten Bundeswehrauftrages sind bereits heute weitere Reduzierungen der Bundeswehr erforderlich und machbar.
2. Der Deutsche Bundestag teilt die Auffassung, daß Konflikte militärisch nicht gelöst werden können. Er bekennt sich zur verstärkten Wahrnehmung der nichtmilitärischen weltweiten Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.
3. Der Deutsche Bundestag kritisiert die Entwicklung, die Bundeswehr verstärkt zum operativen, zu weltweiten Kampfeinsätzen befähigten Instrument der deutschen Außenpolitik umzustrukturieren.

Ferner soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. die Truppenreduzierungen und Standortauflösungen nach einem terminierten Plan unter frühzeitiger Einbeziehung der Betroffenen bzw. des Parlaments fortzusetzen. Der weitere Abbau der Bundeswehr und der Standorte wird nach einem regional ausgeglichenen Schlüssel vorgenommen und durch

Hilfs- und Fördermaßnahmen für wirtschaftlich- und standortabhängige Regionen und Kommunen, u. a. aus einem Konversionsfonds des Bundes, gestützt;

2. in einem ersten Schritt mit sofortiger Wirkung auf folgende Maßnahmen zu verzichten:
 - den Aufbau eines nationalen Führungszentrums für die Bundeswehr,
 - die Aufstellung und Ausrüstung von Elitekampfeinheiten („Kommando Spezialkräfte“),
 - die Aufstellung, Ausbildung und Ausrüstung von Krisenreaktionskräften für Kampfeinsätze außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung.

B. Lösung

Der Ausschuß lehnt den Antrag ab.

Mehrheitsentscheidung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/2499 – abzulehnen.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Der Verteidigungsausschuß

Dr. Klaus Rose
Vorsitzender

Paul Breuer
Berichterstatter

Walter Kolbow
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Paul Breuer und Walter Kolbow

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Angelika Beer und Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/2499) in seiner 67. Sitzung am 27. Oktober 1995 dem Verteidigungsausschuß federführend und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß und an den Rechtsausschuß überwiesen.

In seiner Stellungnahme vom 17. Januar 1996 hat der Auswärtige Ausschuß mitgeteilt, daß er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der PDS und eines Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU beschlossen hat, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Rechtsausschuß hat in seiner Stellungnahme vom 17. Januar 1996 mitgeteilt, daß er einstimmig beschlossen habe, zu dem Antrag keine Stellungnahme abzugeben.

II.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 6. Dezember 1995 beraten. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. hat er den Antrag gegen die Stimmen des Antragstellers, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt.

Die Fraktion der CDU/CSU wies unter anderem darauf hin, daß der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerade an dem Tage beraten werde,

an dem auch mit Stimmen der Antragstellerin der Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von Dayton beschlossen worden sei. Sie glaube, daß diejenigen Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die heute dem Antrag auf Entsendung der Bundeswehr zugestimmt hätten, damit auch zum Ausdruck gebracht hätten, daß sie den Grundstrukturen der Bundeswehr zustimmen würden. Der Antragstellerin werde empfohlen, den Antrag zurückzuziehen, um Klarheit zu schaffen. Sollte dies nicht geschehen, werde der Antrag abgelehnt. Die Antragstellerin wäre nicht bereit anzuerkennen, daß die Umstrukturierung der Bundeswehr in den Fragen der Landes- und Bündnisverteidigung zwingend notwendig sei und im Kontext mit den Abrüstungsbemühungen stehe.

Die Aufstellung der Krisenreaktionskräfte – dem präsenten und sofort einsetzbaren Teil der Bundeswehr – trage dazu bei, gleichzeitig den Bereitschaftsgrad der Hauptverteidigungskräfte vermindern zu können. Mit Blick auf das Führungszentrum wurde bemerkt, daß ohne diese Einrichtung ein Einsatz der Streitkräfte, dies auch im humanitären Bereich, nicht möglich wäre. Darüber hinaus erhalte das Parlament von diesem Führungszentrum die notwendigen Informationen.

Das Kommando Spezialkräfte diene im wesentlichen dazu, Vorsorge dafür zu treffen, um beispielsweise deutsche Staatsangehörige, die im Ausland in eine Notlage gekommen wären, zu befreien. Die Aufstellung dieser Spezialkräfte habe mit der Führung von Angriffskriegen überhaupt nichts zu tun. Die Behauptung der Antragstellerin, die Bundeswehr wür-

de zu einem Angriffskrieg befähigt werden, sei eine Unterstellung, die nicht hingenommen werde.

Die Fraktion der SPD brachte zum Ausdruck, daß es aufgrund von getroffenen Entscheidungen gegenwärtig und auch mittelfristig falsch wäre, eine weitere Reduzierung der Bundeswehr zu fordern. Nach den vielfältigen Veränderungen in verhältnismäßig kurzer Zeit benötigten die Streitkräfte nunmehr eine angemessene Zeitspanne, um neue Strukturen einzunehmen zu können. Auch glaube die Fraktion der SPD, daß die Bundeswehr aufgrund ihrer Struktur und auch der neu aufgestellten Krisenreaktionskräfte nicht in der Lage sei, einen weltweiten Kampfeinsatz als Instrument deutscher Außenpolitik durchzuführen. Auch die Forderung nach der Abschaffung des Führungszentrums müsse als falsch bezeichnet werden. Allein der am heutigen Tage mit 543 Stimmen des Deutschen Bundestages beschlossene Einsatz von Teilen der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien mache diese Einrichtung erforderlich. Dieses Zentrum leiste nicht nur wichtige, unverzichtbare Arbeit, es unterrichte darüber hinaus im wesentlichen auch das Parlament. Die Fraktion der SPD werde aus diesen Gründen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde hervorgehoben, daß die inhaltlichen Forderungen des Antrags vor einer Woche von der Bundesdelegiertenkonferenz der Partei bestätigt worden wären. Die Zustimmung von einigen Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum heute beschlossenen Bosnien Einsatz steht im Widerspruch zu dem hier zu beratenden Antrag ihrer Fraktion. Mit diesem Antrag gehe es um die mittel- und langfristigen Strukturänderungen der Bundeswehr. Eine Kernforderung der Fraktion wäre die Aufforderung an die Bundeswehr, den bisherigen Weg der Reduzierung weiter zu beschreiten. Auch müßten die Maßnahmen zu Aufstellung und Vorbereitung der Krisenreaktionskräfte zurückgenommen werden.

Mit Blick auf den Umfang der Streitkräfte sowie die zunehmende kritische Haushaltslage bemerkte der Berichterstatter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daß sich die Stärke von 340 000 Mann nicht halten lassen werde.

Aufgrund der sicherheitspolitischen Lage und der vorgenommenen Risikobewältigung sei man zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff gekommen, der die Grundlage für die neuen Aufgaben der Bundeswehr darstelle. Dies sei die Krisenbewältigung in Koalitionen und bedeute einen Sprung von der bisherigen Vorverteidigung zu einer weitreichenden

Rundumvorwärtsverteidigung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN glaubten auch, daß sich die Sicherheits- und Militärpolitik zunehmend der von Großbritannien, Frankreich, den USA und anderen Staaten anpasse. Bei der Legitimität der Einsätze von Streitkräften stehe das nationale Interesse immer mehr im Vordergrund, auch spiele das legitime Interesse an der Landesverteidigung nur eine untergeordnete Rolle. Festzustellen wäre, daß die nichtmilitärische Krisenvorbeugung vernachlässigt werde. Eine eindeutige Verlagerung zum militärischen Einsatz hin sei zu verzeichnen. Die immer wieder vom Bundesminister der Verteidigung aufgestellte Behauptung, daß die Krisenreaktionskräfte die ersten und präsentesten Teile der Landes- und Bündnisverteidigung wären, treffe nicht zu. Deren Ausbildung und Ausrüstung wären auf „Out-of-Area-Einsätze“ ausgerichtet. Am „Kommando Spezialkräfte“, das aufgestellt worden sei, um angeblich deutsche Staatsbürger im Ausland zu befreien, werde nach Auffassung der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich, daß dieses für umfassende Kommandounternehmen vorgesehen wäre, beispielsweise um Einsätze gegen militärische Hauptquartiere oder ähnliches durchführen zu können. Der Einsatz dieser Spezialkräfte wäre von der Natur her nicht öffentlichkeitsverträglich. Kommandounternehmen könnten nicht lange vorher und erst recht nicht parlamentarisch diskutiert und beschlossen werden. Eine politische Kontrolle dieser Spezialkräfte bzw. die Durchsetzung von Parlamentsvorbehalten sei so nicht möglich.

Mit Blick auf das Führungszentrum wurde bemerkt, daß dieses als Lagezentrum unbestritten sehr nützlich und äußerst wichtig sei. Andererseits müsse aber auch darauf hingewiesen werden, daß es eben ein Führungszentrum wäre. Darin sehe die Fraktion den Keim für eine nationale militärische Führungsfähigkeit.

Unter Berücksichtigung des gesamten Hintergrundes fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einstellung der Vorbereitungen für eine weitreichende Vorwärtsverteidigung.

Die Fraktion der F.D.P. bemerkte, daß mit diesem Antrag erkennbar werde, daß hier ein erster Schritt mit dem Ziel eingelegt werden solle, die Bundeswehr aufzulösen.

Die Behauptung, die Bundeswehr würde zu einem für weltweite Kampfeinsätze befähigten Instrument der deutschen Außenpolitik umstrukturiert, sei falsch.

Der Verteidigungsausschuß empfiehlt die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/2499).

Bonn, den 27. Februar 1996

Paul Breuer **Walter Kolbow**
Berichterstatter Berichterstatter